

# pax\_zeit

1\_2015



WAR IS OVER IF U WANT IT



Die Krise in der Ukraine  
und um die Ukraine



Die Automatisierung des Krieges ist der Ausgangspunkt für eine vierteilige Artikelserie über Drohnen. Mehr über die „Zeitenwende in der Kriegsführung“ finden Sie auf den Seiten 14 und 15.

## Editorial

Der erste Blick der pax\_zeit geht diesmal zu den vielen pax christi-Mitgliedern, die sich für die Menschen stark machen, die als Flüchtlinge in ihren Gemeinden ankommen. Es ist sehr wohltuend zu beobachten, dass ein anderes Klima herrscht als in den 90er Jahren: Viele sehen die Not der Menschen und helfen tatkräftig. Schade eigentlich, dass Menschen wie unsere Autorin Elisabeth Reinwald aus Regensburg nicht sonntagabends zu Günther Jauch eingeladen werden. Gerade ihre Stimme braucht Verstärkung und sollte gehört, bzw. gelesen werden: in der pax\_zeit auf den Seiten 3 und 4.

Die Kämpfe in der Ukraine hatten den Krieg wieder nach Europa gerückt. Das einzig beruhigende an diesem Konflikt ist die deutliche Sprache von Merkel und Steinmeier, die sich überzeugend bei Verhandlung engagiert haben und stets betonten, der Konflikt sei nicht militärisch zu lösen. Von einigen Medien hatte ich zuweilen einen anderen Eindruck. Deshalb fand ich den Hinweis einer Kollegin auf eine Untersuchung auf dem Balkan interessant: Bei Befragungen, was zur gewaltsamen Eskalation der Konflikte in den 90er Jahren beigetragen habe, nannten fast 80 Prozent der Befragten die ausländischen Medien. Eingedenk dieser Wirkkraft von Bildern, Kommentaren und Analysen wollen wir mit dem Ukraine-Schwerpunkt dieser pax\_zeit ein Gegengewicht bilden und explizit auf den Vergleich zum Kalten Krieg verzichten. Die pax\_zeit hat drei Autoren eingeladen, ihren Blickwinkel auf das Land und die Konflikte in der Ukraine und um die Ukraine zu beschreiben: Thomas Bremer, Georg Hörnschemeyer und Andreas Zumach. Alle sind auf der Suche nach diplomatischen Wegen aus der Krise. Womöglich überholt die Dynamik der Politik manchen Text bis das Heft erscheint – das müssen wir in Kauf nehmen.

Aktuelles zu den Debatten um deutsche Rüstungsexporte finden Sie auf den Seiten 11 und 12 und hier schon mal eine gute Nachricht: Am 23. März 2015 wird die „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ in einer Öffentlichen Anhörung vom Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages zu ihrer Forderung nach Klarstellung im Grundgesetz 26.2. eingeladen. Das ist ein sehr schöner Erfolg all der vielen Aktiven, die die Kampagne stark gemacht und Unterschriften gesammelt haben. Meine Gratulation!

Die Automatisierung des Krieges ist die Frage, die hinter der Debatte um die Anschaffung von Drohnen für die Bundeswehr steht. In dieser pax\_zeit beginnt Josef Roberg eine vierteilige Artikelserie über die damit zusammenhängenden Aspekte.

Inspirationsreiche Lektüre wünscht  
Christine Hoffmann

## Vernetzt

Interessante Veranstaltungen  
befreundeter Organisationen



### Keine Waffen nach Nahost!

Aus Protest gegen die militärische Zusammenarbeit der deutschen Bundesregierung mit den Ländern des Nahen Ostens hat pax christi mit anderen Organisationen eine Petition an den Deutschen Bundestag gestartet.

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, den Handel mit Waffen, Rüstungsgütern und „dual-use“-Produkten mit allen Ländern des Nahen Ostens einzustellen, die am israelisch-palästinensischen Konflikt direkt beteiligt sind. Dies soll ebenso für Rüstungslieferungen gelten, die für die Empfänger unentgeltlich sind oder anders kompensiert werden. Auch ist die Zusammenarbeit mit den Streitkräften dieser Staaten, etwa zum Zweck der Ausbildung im Häuser- und Tunnelkampf zu beenden.

Eine Unterschriftenliste finden Sie als Beilage dieser pax\_zeit.

### Impressum

pax\_zeit Zeitschrift der deutschen pax christi-Sektion. Herausgeberin pax christi Deutsche Sektion e.V., Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin, sekretariat@paxchristi.de, www.paxchristi.de Redaktion Klaus Beurle, Christine Hoffmann (verantw.), Odilo Metzler, Josef Roberg, Markus Weber Titelfoto istock/NickolayV, Gesamtherstellung Ute Begemann, Köln Druck und Versand Druckerei Hitzegrad GmbH & Co. KG, Wuppertal.

Die Redaktion behält sich den Abdruck und die Kürzung von Leserbriefen vor.

pax christi – Deutsche Sektion e.V., Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin, Tel. 030 2007678-0, sekretariat@paxchristi.de

Gedruckt auf Circleoffset Premium White (100% Recycling, FSC-zertifiziert) Redaktionsschluss für die Ausgabe 2\_2015: 21.4.2015.

Dieser Ausgabe liegt die Unterschriftenliste »Keine Waffen nach Nahost« bei, sowie ein Flyer der Kampagne gegen Rüstungsexport.

# Inhalt

## Aus der Bewegung

---

Seite 4

### Flüchtlinge unterstützen

*Elisabeth Reinwald*

## Ukraine

---

Seite 6

### Neue Sicherheitspartnerschaft in Europa

*Thomas Bremer*

Seite 8

### Die große Verantwortung der EU für den Ukraine-Konflikt

*Andreas Zumach*

Seite 10

### Welche Ukraine?

*Georg Hörnschemeyer*

## Kampagne

---

Seite 12

### Kleinwaffen: Eine globale Herausforderung

*Christine Hoffmann*

## Drohnen

---

Seite 14

### Drohnen: Zeitenwende in der Kriegsführung

*Josef Roberg*

## Erster Weltkrieg

---

Seite 16

### Vergessene Anfänge

*Karl-Heinz Wiest*

## Aktiv für den Frieden

---

Seite 18

### Die Wahrheit ans Licht bringen

*Klaus Beurle*

## Meldungen

---

Seite 20

### Notizen aus dem Bundesvorstand

*Josef Roberg*

Seite 20

### Nachrichten aus den Kommissionen

*Odilo Metzler*

Seite 21

### Meldungen aus den Diözesanverbänden

*Markus Weber*

Seite 22

### Aus Leserbriefen

## Glaube Perspektive

---

Seite 23

### Aus dem Teufelskreis der Vergeltung aussteigen

*Heinz Josef Algermissen*

Foto: istock/DenKuvaiev

## Ukraine

Die gewaltsame Eskalation der Konflikte in der Ukraine schockt alle. Es gibt mindestens zwei Konflikte: Einen in der Ukraine und einen um die Ukraine. Wichtig ist: Die Ukraine und Russland sind beides europäische Staaten. Die Lösung der Konflikte geht uns in Europa alle an.

# Flüchtlinge unterstützen

Die Hinwendung zum Fremden



Fotos: Elisabeth Reinwald

Viele pax christi-Mitglieder machen sich zurzeit in ihrer Gemeinde für eine gute Aufnahme von Flüchtlingen stark.

Elisabeth Reinwald schildert die aktuelle Situation in Regensburg.

## Elisabeth Reinwald

Ich wohne im Landkreis Regensburg in einer Landgemeinde, in der in mehreren Ortsteilen Flüchtlinge untergebracht wurden. Aufgrund der steigenden Flüchtlingszahlen werden auch in kleinen Gemeinden Unterbringungsmöglichkeiten für diese Menschen gesucht. Dabei werden nicht nur Privathäuser, sondern vor allem ehemalige Landgasthäuser und Hotels zur Verfügung gestellt, was in vielen Fällen die Bevölkerung in Sorge versetzt. Angst vor Fremden, Angst davor, nicht mehr sicher zu sein in der dörflichen Idylle, Angst, dass fremde Menschen in die dörflichen Strukturen eindringen und die gewohnten Abläufe stören. Das waren Anzeichen, die mich und einen Kreis von Freundinnen, überwiegend pax christi-Mitglieder, bewogen haben uns einzumischen.

Wir besprachen mit dem Bürgermeister und der Herbergsfrau, wie wir helfen können, um den Flüchtlingen zur Seite zu stehen. Wir Frauen begannen mit Deutschunterricht und Hausaufgabenbetreuung bei den Kindern. Ich hatte mir etwa eine Stunde in der Woche dafür reserviert. Doch was ist eine Stunde, wenn man mit der Not und den Sorgen der Menschen konfrontiert wird? Da blieb es nicht beim Deutschlernen, da begleiteten wir die Flüchtlinge zu den Ärzten, gingen mit in die Ausländerbehörde, erkundigten uns bei den Rechtsanwälten, schrieben Abgeordnete an, verfassten Petitionen, sammelten Argumente für ein Selbsteintrittsrecht Deutschlands und organisierten schließlich sogar ein Kirchenasyl.

Wie erlebe ich diese Arbeit? Ich habe im letzten Jahr sehr, sehr viel gelernt, habe viele spannende Kontakte geknüpft, die europäische Gesetzgebung mit all ihren Flüchtlinge abwehrenden und abweisenden Richtlinien kennen gelernt und vergewisserte mich stärker als je zuvor immer wieder der Botschaft Jesu, der Hinwendung zum Fremden. Ich fühle mich dabei sehr lebendig und freue mich über die Nähe zu den Menschen, die uns nicht mehr fremd sind.

### Sehnsucht nach Arbeit und Tagesstrukturen

Die Flüchtlinge, die bei uns untergebracht sind, kommen aus Syrien, Tschetschenien, Dagestan, von der Krim, aus Serbien und Bosnien. In der Unterkunft sind etwa 30 Flüchtlinge untergebracht, was uns ermöglicht, mit fast allen Kontakt aufzunehmen. Die sprachlichen Hindernisse haben wir nach anfänglichen Schwierigkeiten ganz gut im Griff. Für Arztbesuche und die Klärung von komplexeren Zusammenhängen haben wir uns Dolmetscher besorgt, deren Bezahlung entweder der Bürgermeister oder unser Flüchtlingshilfefond von pax christi übernimmt.

Im Laufe unserer Kontakte erleben wir erschreckend, dass fast alle Flüchtlinge Krankheiten entwickeln, die ganz oft psychosomatische Ursachen haben. Die Fluchtursachen und die Erlebnisse während der Flucht lassen die Menschen keinen Schlaf finden. Häufig klagen Erwachsene und Kinder über Kopfschmerzen, die Kinder fangen wieder



Fotos: 123rf.com / Tyler Olson

Vielen Flüchtlingen wäre schnell geholfen, wenn Deutschland die offensichtlich notwendige Einwanderung erleichtern würde. Nikolai zum Beispiel war auf der Krim Bauingenieur und sitzt nun den ganzen Tag mit seiner Frau in einem Zimmer mit Doppelbett, Schrank und Nasszelle. Die Tage in der Gemeinschaftsunterkunft scheinen kein Ende zu nehmen. Wie gerne würden er und seine Frau, wie auf der Krim, auch in Deutschland arbeiten. Wie sehr wünsche ich mir da immer wieder, die Politiker würden nicht nur gute Reden halten, am 27. Januar an die Menschenwürde erinnern, die für alle Menschen gleich gilt, sondern diese auch gegenüber Flüchtlingen mit der europäischen Gesetzgebung verwirklichen.

an einzunässen, sie haben in der Schule Konzentrationsprobleme und Angst, dass ihre Eltern von ihnen getrennt werden. Dazu kommt, dass die Erwachsenen Tage, Wochen, Monate in ihren Zimmern verbringen, ohne eine sinnvolle Aufgabe zu haben. Sie sehnen sich nach Arbeit und Tagesstrukturen. Da sind dann ein Deutschkurs, der leider nur von karitativen Einrichtungen angeboten wird oder ein Gespräch mit Menschen, die in die Unterkunft kommen, eine Erlösung.

### Eigene Arbeit stößt an Grenzen

Gerade an der Gesetzgebung, an den Dublin-Vereinbarungen erlebe ich ganz stark, dass unsere Arbeit an Grenzen stößt. Die Abmachungen der europäischen Länder im Umgang mit Flüchtlingen, die gesetzliche Realität, das Vorgehen der Behörden, die sich auf diese Gesetze berufen, sehe ich oft im Widerspruch zu den humanitären Werten in unserem Land.

Anfänglich war ich mir sehr sicher, dass wir viele Flüchtlinge schützen können, wenn wir uns auf die Genfer Flüchtlingskonvention, auf die allgemeinen Menschenrechte, auf die Kinderkonvention und das Wohl der uns anvertrauten Kinder beziehen und auf die Einhaltung dieser humanitären Errungenschaften drängen. Die Ernüchterung stellte sich leider bald ein. Der Hinweis auf die Dublin-Vereinbarungen beendet schnell jede Diskussion, jeden Hinweis auf Menschlichkeit und Menschenwürde.

Wie können wir denn verantworten, eine 23-jährige Somalierin aufgrund der Dublin-Verträge nach Malta zurückschicken, wenn ihre Geschichte so aussieht: Die ganze Familie wurde in Somalia von den El Shabab Milizen erschossen, in Lebensgefahr floh sie durch die Sahara, bei der Überquerung des Mittelmeeres ertrank sie glücklicherweise nicht, landete in einem Gefängnis in Malta und nach einem Jahr gelang ihr die Flucht nach Deutschland. Auf Malta erwarten sie noch schärfere Restriktionen, weil sie dort wieder als illegal Eingereiste behandelt wird.

Ist es hier nicht unsere Pflicht, diese Frau zu schützen und ihr, wie geschehen, Kirchenasyl zu gewähren? Und in den letzten Tagen erfahre ich, dass das Bundesamt für Migration das Kirchenasyl aushebeln will und den Schutz der Kirche als Untertauchen bewerten will. Da wünsche ich mir, dass die Kirchen sofort reagieren und auf die lange christliche Tradition bestehen, Menschen Gastfreundschaft und Zuflucht zu gewähren, die als Fremde in Not und Bedrängnis zu uns kommen. Auch müssten die deutschen Behörden das Selbsteintrittsrecht Deutschlands angesichts verheerender Zustände in so manchen europäischen Ländern viel öfter gebrauchen und die Menschen nicht quer durch Europa verschieben wie Stückgut, das nicht auf Sprache und Begegnung angewiesen ist.

Elisabeth Reinwald ist Sprecherin des pax christi-Diözesanverbandes Regensburg.

# Neue Sicherheitspartnerschaft in Europa?

Beginn eines neuen Zeitalters in den politischen Beziehungen

Die Ukraine ist keineswegs, wie das gerne dargestellt wird, ein zwischen Ost und West geteilter Staat.



Foto: iStock/leedsn kentarcajuan

Thomas Bremer

Die Ereignisse in der Ukraine haben die Frage nach den politischen Beziehungen in Europa neu gestellt. Galt es bis 2013 als Konsens, dass die Europäische Union zu Russland stabile und partnerschaftliche Beziehungen aufbauen wollte, so haben die Annexion der Krim und die russische Unterstützung für die Aufständischen im Südosten der Ukraine im Laufe des Jahres 2014 ein neues Zeitalter in den politischen Beziehungen auf dem Kontinent anbrechen lassen.

Vor einigen Wochen waren auf dem Titel des Magazins „Der Spiegel“ Bilder von Angela Merkel und Vladimir Putin mit der Unterschrift „Kalte Krieger“ zu sehen. Dieser Titel hat etwas Perfides und etwas Wahres: Die Bundeskanzlerin hat nicht die Okkupation fremden Territoriums angeordnet, sie hat keine gewaltsam eroberten Gebiete der Bundesrepublik angegliedert, und sie hat keine Bundeswehrsoldaten in ein Nachbarland geschickt, um dort einen Aufstand anzuzetteln. Sie mit Putin gleichzusetzen, ist also schlicht falsch. Dass allerdings die Kategorien des überwunden geglaubten Kalten Krieges die Beziehungen in Europa bestimmen werden, ist ebenso wahr wie die Tatsache, dass das die Folge des russischen Vorgehens ist.

## Ukraine – vielfältig gegliederter Staat

Die Ukraine ist keineswegs, wie das gerne dargestellt wird, ein zwischen Ost und West geteilter Staat. Sie ist vielmehr

ein vielfältig gegliederter Staat mit geographisch, kulturell, historisch und ökonomisch unterschiedlichen Regionen: Galizien, die Zentralukraine, das Don-Becken, die Stadt Kiev, die Krim, die Stadt Odessa und Transkarpatien sind die wichtigsten. Auch spielt der Sprachunterschied kaum eine Rolle. Im Alltag werden in den meisten Gebieten Ukrainisch und Russisch nebeneinander verwendet; nur in wenigen herrscht eine von beiden Sprachen absolut vor. Die jeweils andere wird fast überall verstanden. Viele Menschen, die Russisch als Muttersprache haben und Ukrainisch nicht so häufig und nicht so fließend sprechen, betrachten sich als Ukrainer, nicht aber als Russen. Repräsentative Umfragen, die unmittelbar vor und während der Krise durchgeführt wurden, zeigen, dass auch im Osten des Landes nur ein sehr geringer Prozentsatz der Bevölkerung einen Anschluss an Russland befürwortete.

Was dort aber vehement gefordert wurde, war ein Ende der Misswirtschaft und der Korruption, die das Land zu einem der ärmsten in Europa gemacht haben. Der Krieg im Osten lässt sich also als „Volksaufstand ohne Volk“ charakterisieren. Die sogenannten Separatisten sind eine relativ kleine Gruppe von einigen Tausend bewaffneten Männern, die Angst und Schrecken verbreiten und so die Bevölkerung in Geiselnhaft nehmen. Ihre Anführer sind aus Russland eingereiste Agenten, sonst vor allem Kriminelle. Sie behaupten,



Foto: istock/kenitarcajuan

Die meisten Ukrainer stehen heute sowohl zu ihrem Staat als auch zu dessen europäischer Integration.

die selbstausgerufenen Volksrepubliken vor Faschisten, Juden und dem Vatikan zu schützen, die gemeinsam einen Völkermord an deren Bewohnern geplant hätten. Wer russisch kann, kann sich leicht durch einen Blick auf die offiziellen Websites dieser parastaatlichen Gebilde von den merkwürdigen Vorstellungen ihrer Führer überzeugen.

#### **Bekenntnis zu Rechtsstaatlichkeit und gegen Korruption**

Was bedeutet das für die Ukraine als Staat? Der „Majdan“, also die Besetzung eines der Hauptplätze in Kiev im Winter 2013/14 durch Tausende von Bürgern, war zunächst nicht so sehr eine Manifestation für die Integration der Ukraine in die europäischen staatlichen Strukturen, sondern vor allem ein Bekenntnis zu deren politischen Werten, insbesondere zu Rechtsstaatlichkeit und gegen Korruption. Nach der Flucht des früheren Präsidenten Janukowitsch sind inzwischen Präsident und Parlament demokratisch legitimiert – interessanterweise hat der Wähler die Macht auf zwei verschiedene politische Richtungen verteilt.

Durch die russische Intervention sind viele Menschen in der Ukraine, für die eine nationale Identität nicht so im Vordergrund stand, zu überzeugten Ukrainern geworden. Ironischerweise hat Putin also erheblich zur Stärkung der ukrainischen Nation beigetragen. Die meisten Ukrainer stehen heute sowohl zu ihrem Staat als auch zu dessen europäischer

Integration. Vorschläge, wonach die Ukraine nie Mitglied europäischer Staatenverbände werden dürfe, missachten die Selbstbestimmung der Bevölkerung und sind Zeichen eines erheblichen Maßes von Paternalismus. Doch muss man realistisch der Ukraine eine schlechte Prognose stellen:

Das Land ist seit seiner Unabhängigkeit auf Kosten nicht nur der Bürger, sondern auch seiner Zukunft von den Eliten ausgepresst worden, so dass es heute eine marode Wirtschaft hat.

Bei entsprechender Infrastruktur wäre die Ukraine in der Lage, ohne Atomenergie und ohne fossile Brennstoffe aus Russland auszukommen – die aber wurde nie aufgebaut, und auch heute hat niemand Interesse daran, sodass die Ukraine weiterhin von Russland erpresst werden kann und wird.

Der Westen wird lediglich die Situation in der Ukraine rasch beruhigen wollen, dafür letztlich wohl auch die massiven Völkerrechtsverletzungen hinnehmen und sich danach nicht mehr viel um das Land kümmern – für eine nachhaltige Entwicklung der Ukraine denkbar schlechte Voraussetzungen.

Thomas Bremer ist Professor für Ökumenik und Friedensforschung an der Theologischen Fakultät der Universität Münster und pax christi-Mitglied.

# Die große Verantwortung der EU für den Ukraine-Konflikt

Gescheiterte „Nachbarschaftspolitik“

Andreas Zumäch

Wenn die historische Hauptverantwortung des Westens für das Entstehen des Ukraine-Konflikts diskutiert wird, ist meistens die NATO im Fokus. Von der EU ist weniger die Rede. Ab Mitte der 90er Jahre begann die NATO ihre Ausweitung nach Osten zu betreiben, statt sich nach der Auflösung ihres östlichen Gegenpols „Warschauer Pakt“ auf das seinerzeit von Michail Gorbatschow vorgeschlagene „Gemeinsame Haus Europa“ im institutionellen Rahmen der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE, heute OSZE) einzulassen. Diese Ostausweitung der NATO unter Bruch eines zuvor Gorbatschow gegebenen Versprechens war die zentrale falsche Weichenstellung und wichtigste Ursache für den aktuellen Konflikt.

## Aktuelle und historische Verantwortung

Abgesehen davon, dass ja 22 der 28 Mitglieder von NATO auch der EU angehören – und damit die nationalstaatlichen Akteure und ihre Interessen in beiden Organisationen zu fast drei Viertel identisch sind – gibt es aber auch eine spezifische historische Verantwortung der Europäischen Union für das Entstehen des Ukraine-Konfliktes sowie eine aktuelle Verantwortung für seine ständige Eskalation seit Februar 2014.

Die historische Verantwortung beginnt im Jahr 2001 mit der Verabschiedung der „Lissabon-Strategie“ der EU. Darin proklamierte die EU, bis spätestens 2010 werde sie der

wirtschaftlich stärkste, innovativste und wettbewerbsfähigste „Global Player“ sein. Ein geradezu imperiales Ziel. Zu seiner Verwirklichung hielten es die Strategen der Brüsseler EU-Kommission für unerlässlich, vor allem zwei Staaten durch Assoziierungsabkommen, eine Zollunion und andere Maßnahmen möglichst nahe an die EU anzubinden und zu ihrem Einflussgebiet und Markt zu machen: die Ukraine, den größten Flächenstaat Europas, sowie die Türkei, das bevölkerungsreichste Land.

Gegen eine Vollmitgliedschaft insbesondere der Türkei gab (und gibt) es Bedenken vor allem in Berlin, weil die Türkei mit über 100 Millionen Einwohnern Anspruch auf mehr Sitze im Straßburger Europaparlament hätte, als das bislang sitzstärkste Deutschland. 2004 verkündete die EU ihre „Nachbarschaftspolitik“, deren Ziel es war, neben der Ukraine und der Türkei noch 14 weitere Staaten zu ihrem Einflussgebiet zu machen: Ägypten, Algerien, Armenien, Aserbeidschan, Belarus, Georgien, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, die Republik Moldau, Marokko, die von Israel besetzten palästinensischen Gebiete, Syrien und Tunesien.

## Wirtschaftliche Abhängigkeit von der EU und Russland

Im Kontext dieser – inzwischen völlig gescheiterten – „Nachbarschaftspolitik“ und der Lissabon-Strategie stellte die EU die Ukraine vor die Alternative schwarz oder weiß. Entweder schrittweise Annäherung an die EU (über ein Assoziierungsabkommen, eine Zollunion etc.) verbunden mit der Aussicht



auf eine spätere Vollmitgliedschaft. Oder aber Hinwendung zu Russland und gemeinsam mit Weißrussland und Kasachstan Integration in die von Moskau geplante eurasische Zollunion. Indem sie die Ukraine vor diese fatale Alternative stellte, missachtete die EU zum einen die tiefe historische Zerrissenheit des Landes. Im Westen der Ukraine wird bis heute Stepan Bandera als Volksheld verehrt, der während des Zweiten Weltkrieges zum Führungskader der „Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN)“ gehörte, und auf den sich die heutige rechtsnationalistische Partei „Swoboda“ beruft. In der Ostukraine aber auch in Israel, Polen und Russland gilt Bandera hingegen als Verbrecher und als Kollaborateur mit den Nazis vor und während des Zweiten Weltkrieges. In der Ostukraine ist Stalin der Volksheld, der Führer des „Großen Vaterländischen Krieges“ gegen Hitlerdeutschlands Besatzungstruppen.

Zum zweiten ist die Ukraine in ihrem wirtschaftlichen Überleben abhängig von guten Handelsbeziehungen sowohl mit Europa wie mit Russland. Dieses Land vor die Alternative EU oder Russland zu stellen, kam einem wirtschaftlichen Würgegriff gleich. Seit der Eskalation des Konflikts nach der Weigerung des ehemaligen Präsidenten Janukowitsch im November 2013, das Assoziierungsabkommen mit Brüssel zu unterzeichnen, hat die EU viele Möglichkeiten und Instrumente zur Deeskalation nicht genutzt. Am 20. Februar 2014 wurde in Kiew ein Abkommen zwischen der Regierung Janukowitsch und der Opposition ausgehandelt – unter Vermittlung der Außenminister von Frankreich, Polen und Deutschland, die durch ihre Unterschrift zudem ausdrücklich als Garantiemächte der Vereinbarung auftraten.

## Konfliktverschärfende Politik wurde nicht korrigiert

Dennoch ließ die EU zu, dass dieses Abkommen innerhalb von 24 Stunden von der Opposition zerrissen und der Präsident gestürzt wurde. In der daraufhin von der Opposition gebildeten Übergangsregierung nahmen fünf Minister der „Swoboda“ und des „Rechten Sektor“ Platz. Dagegen erhob die EU ebenso wenig Einspruch wie gegen die Ankündigung der Übergangsregierung, Russisch als zweite offizielle Amtssprache der Ukraine abzuschaffen und den bis zum Jahr 2042 abgeschlossenen Vertrag mit Moskau über die Nutzung des Marinestützpunktes Sewastopol auf der Krim durch russische Seestreitkräfte bereits zum Jahr 2017 zu kündigen.

Dabei hätte die EU wirksame Instrumente gehabt, um die konfliktverschärfende Politik der Übergangsregierung in Kiew zu korrigieren. Denn von den insgesamt 27 Milliarden US-Dollar, die Kiew für die Zeit bis Mitte 2018 von der EU, den USA und dem Internationalen Währungsfonds zugesagt wurden, soll der größte Anteil aus dem Brüsseler Haushalt kommen. Als die erste Tranche dieser Hilfsgelder im Herbst 2014 ausbezahlt wurde, kündigte die Regierung in Kiew an, sie wolle von diesem Geld neue Waffen kaufen für den Krieg gegen die Aufständischen in der Ostukraine. Auch dagegen erhob die EU keinen Einspruch.

Andreas Zumach ist Journalist und UNO-Korrespondent in Genf für verschiedenen Tageszeitungen sowie Rundfunk und Fernsehanstalten.

# Welche Ukraine?

Wirtschaftliche und soziale Spannungen im Fokus



## Georg Hörnschemeyer

Um den aktuellen Konflikt um die Ukraine und die Konflikte in der Ukraine zu verstehen, ein kurzer Rückblick: Die Ukraine ist ein vergleichsweise junger Staat, nach Auflösung der Sowjetunion seit 1991 unabhängig und immer ein Land zwischen den größeren Nachbarn der Donaumonarchie und Russland, im Konflikt mit Polen, während des II. Weltkriegs zwar von Deutschland besetzt, aber auch in Teilen zu einer Kooperation bereit, um eine Unabhängigkeit von der Sowjetunion zu erreichen.

## Soziale und wirtschaftliche Krise

Die aktuelle Lage ist bestimmt von wirtschaftlichen und sozialen Spannungen, Unterfinanzierung des öffentlichen Sektors, einer Vielzahl von Parteien und wenig Erfahrung mit demokratischen Strukturen. Aus ukrainischer Perspektive geht es noch und wieder um die eigene Nation, aus russischer Sicht dagegen ist die Ukraine seit dem Reich der Kiewer Rus im 9. Jahrhundert wesentlicher Teil der russischen Geschichte. Aktuell konkurrieren ukrainischer und russischer Nationalismus: Der westliche Teil reklamiert vor allem

seine historische Zugehörigkeit zu Mitteleuropa, spricht ukrainisch, denkt, fühlt, glaubt mehrheitlich westlich, griechisch, bzw. römisch katholisch.

Der Osten, vor allem der Donbas ist in Sprache, Mentalität, Kultur und Spiritualität an Russland orientiert, und – falls kirchlich orientiert – eher dem Moskauer als dem Kiewer Patriarchat der Orthodoxie verbunden, was aber nicht unbedingt bedeutet, in der Russischen Föderation mit ihrer gegenwärtigen Regierung leben zu wollen und all ihre politischen Absichten zu teilen.

In der westlichen Welt wird wenig davon verstanden. So sind nationales Denken und Empfinden in der Westukraine nicht einfach „rechts“ oder schon „faschistisch“, auch wenn rechtsextreme Tendenzen nicht verharmlost werden dürfen. Die Erfahrungen der Unterdrückung mit der Sowjetunion, insbesondere ihrer stalinistischen Periode, sind in der Ukraine nicht vergessen und werden manchmal mit den Erfahrungen der deutschen Besatzung verglichen.

Der Wunsch nach nationaler Unabhängigkeit war auch die Triebfeder des „Ersten Maijdan“ 1991, an den dann der sogenannte „Euro-Maijdan“ und der „3. Maijdan“ anknüpfte. Die Kirchen, Moscheen und Synagogen sind Teil der ukrainischen Gesellschaft, auch wenn erhebliche Teile der Bevölkerung nicht unbedingt religiös sind und gerade in der orthodoxen Tradition steht die Kirche viel mehr in einer „sinfonia“, einem „Einklang“ mit dem Staat, dies ist auf der ukrainischen wie auch der russischen Seite sehr sichtbar.

## Neue russische Größe?

Die Krise um die Krim ist kein einfacher Territorialkonflikt, es geht um Symbole und um Geopolitik. Die Krim war immer ein strategischer Platz im Süden des alten Russlands, Sommerfrische der russischen Oberschicht, Marinestützpunkt und ursprünglich nicht russisch, sondern von Tataren bewohnt und schließlich von Chruschtschow der Ukraine „geschenkt“.

Geostrategisch war sie mit dem Hafen Sewastopol und der geheimen U-Boot-Basis Balaklawa der Kern der sowjetischen Schwarzmeerflotte. Die symbolischen Verluste sowjetischer Militärpräsenz an diesem Ort spielen gerade im Bewusstsein der älteren russischen Bevölkerung eine große Rolle.

An diese Befindlichkeiten kann die Politik des „Systems Putin/Medwedjew“ anknüpfen und eine neue Größe Russlands versprechen. Die Bilder des „mannhaften Präsidenten“ zielen nicht auf die europäische, sondern die russische Seele! Dazu kommt die wirtschaftliche Bedeutung der Krim als Platzhalter für Ansprüche auf die Bodenschätze in dem der Krim zugerechneten Boden des Schwarzen Meeres. Für den Donbas,

also die verstädterte Region um Donezk, Luhansk bis hin zur russischen Südgrenze gilt Ähnliches, nur dass es dort um die Ressource Steinkohle und den Schwerpunkt von Großmaschinenbau und Rüstung geht.

Beide Territorialkonflikte stehen in Wechselwirkung zur innerukrainischen Lage. In dieser Kombination aus nationaler Symbolik, militärischem Potenzial und realen ökonomischen Ressourcen einer vergleichsweise „eindimensionalen“ russischen Nationalökonomie liegt das eigentliche riskante Potenzial der Krise. Die separatistische Bewegung in den östlichen Bezirken ist wegen ihrer Gewalt die größte aktuelle Bedrohung der dortigen Bevölkerung. Um so dringender wäre ein allseitiger Waffenstillstand, ein Friedensplan auf Basis des Minsker Abkommen und Stabilisierung der Ostukraine mit gewissen Autonomieregelungen (die z.B. für die Krim seit 1991 auch galten!). Westliche Waffenlieferungen an die Ukraine dagegen sollten ebenso unterbleiben wie die Unterstützung der selbst ernannten separatistischen Para-Militärs aus Russland. Mit der Annexion der Krim und ihrer de facto Russifizierung scheinen sich alle Beteiligten dagegen mehr oder weniger abgefunden zu haben, für die Bewohner dort ist allerdings das Reisen in ihren „ehemaligen“ Staat nun mit erheblichen Beschwerden verbunden.

## Was wäre zu tun?

Die Sanktionen der EU gegen Russland haben zur Lösung der Krise wenig beigetragen, der reale Schaden in den westlichen Ökonomien dürfte inzwischen den beabsichtigten symbolischen Erfolg der Strafe eher überwiegen. Es gibt zu einer schrittweisen Wiederannäherung an Russland unter Beibehaltung der Eigenständigkeit der Ukraine keine Alternative, die Vorstellung eines Beitritts der Ukraine zu NATO und EU sind jenseits der realen Voraussetzungen. Ein Staat, der sich im bewaffneten Konflikt mit seinen Nachbarn befindet, kann – statutengemäß – nicht Mitglied der NATO werden und für einen raschen EU-Beitritt dürften die Voraussetzungen noch länger fehlen, man beachte nur die Währungsprobleme der Mittelmeerländer oder die Türkei-Beitrittsdebatte.

Alle Beteiligten sollten sich auf einen längeren Weg der Annäherung der Ukraine an Mitteleuropa einstellen, ohne sie zu einem Abbruch ihres russischen Anteils zu drängen. Ob sie die Rolle einer „Brücke“ zwischen Ost und West spielen kann? Manche Beobachter erwägen dies, aber etliche Staaten Ost-Mitteleuropas haben mit diesen Vorstellungen von Neutralität oder als Puffer eher ungute Erfahrungen machen müssen. So sollten sich alle Beteiligten auf einen längeren Weg einrichten.

Georg Hörnschemeyer ist Mitglied des pax christi-Bundesvorstandes.

# Kleinwaffen: eine globale Herausforderung

Aktuelles aus der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“



Foto: Uwe-Hiltsch

Die Forderung zu Art. 26.2 GG, zu der über 95.000 Unterschriften an Bundestagsvizepräsidentin Bulmahn überreicht wurden, wird am 23. März 2015 öffentlich im Petitionsausschuss beraten.

## Christine Hoffmann

### Es ist gelungen

Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages führt am 23. März 2015 um 12 Uhr eine Öffentliche Anhörung durch: Erster Tagesordnungspunkt ist die Beratung unserer Forderung nach Klarstellung in Artikel 26.2 des Grundgesetzes: „Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert. Das Nähere regelt das Rüstungsexportgesetz.“ Mit den gesammelten Unterschriften haben wir es also geschafft, unser Anliegen in das Parlament zu tragen. Gemeinsam mit dem Rechtsanwalt und pax christi-Mitglied Holger Rothbauer, werde ich dort die Forderung erläutern können. Ich bin gespannt auf diese Sitzung und werde in der nächsten pax\_zeit darüber berichten.

Euch alle laden wir ein, das Thema am 23. März parallel zu der Anhörung in Berlin bundesweit durch Infostände, Mahnwachen oder ähnliches präsent zu machen.

Der Dialog mit den Parlamentarier/innen im Deutschen Bundestag steht in diesem Frühjahr im Mittelpunkt der Kampagne. Am Aktionstag, dem 26. Februar 2015 lädt „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ die Abgeordneten der einschlägigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages zum Parlamentarischen Frühstück ein. Im Einladungsschreiben heißt es: „Weltweit sterben Menschen in Bürgerkriegen.

Deutschland hat sich durch Gesetze und seine Rüstungsexportrichtlinien zu einer restriktiven Rüstungsexportpolitik verpflichtet. Es sind gerade die kleinen und leichten Waffen, samt deren Munition, die weltweit in Konflikten, Kriegen und Bürgerkriegen eingesetzt werden. Diese bilden den Hintergrund für die Flucht vieler Menschen aus ihrer Heimat. Auch Waffen aus deutscher Produktion kommen in diesen Kriegen zum Einsatz.“

„Damit der Mensch nicht zur Zielscheibe wird“, rückt die Kampagne den Stopp des Exports von Kleinwaffen ins Zentrum des Gesprächs und fordert ein sofortiges Ende des Exports von Kleinwaffen und Munition sowie der Lizenz für ihren Nachbau. Munition ist der tödliche Bestandteil der Waffen.

### Kinder in bewaffneten Konflikten

Zu den Forderungen der Kampagne an die Parlamentarier/innen gehört die Umsetzung der Empfehlungen des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes. Die Vereinten Nationen fordern Deutschland auf: Das Mindestalter der Rekrutierung für die Streitkräfte auf 18 Jahre festzulegen, alle Formen von Werbekampagnen für die deutschen Streitkräfte, die auf Kinder abzielen, zu verbieten sowie die größtmögliche Transparenz im Hinblick auf den Transfer von Waffen sicherzustellen und per Gesetz den Verkauf von Waffen zu verbieten, wenn die Gefahr besteht, dass der endgültige

Der neue Flyer der Kampagne kann ab sofort im pax christi-Sekretariat bestellt werden.



Bestimmungsort ein Land ist, in dem Kinder (möglicherweise) für Kampfhandlungen rekrutiert werden.

Kleinwaffen gelten als die „Massenvernichtungswaffen des 21. Jahrhunderts“, etwa 95 Prozent der Opfer in bewaffneten Konflikten sind Opfer von Kleinwaffen, über 90 Prozent davon sind Zivilisten, meist Frauen und Kinder. Die Haltbarkeit von Kleinwaffen beträgt zwischen 30 und 50 Jahren.

Schätzungen des Small Arms Survey zufolge, befinden sich weltweit rund 875 Millionen Kleinwaffen im Umlauf. Nur rund 200 Millionen dieser Waffen befinden sich im Besitz von Polizei und Militär und werden in diesem Sinn staatlich kontrolliert. 650 Millionen Kleinwaffen, bzw. rund 75 Prozent aller Waffen befinden sich in Privatbesitz. Im Rahmen von Waffen-Einsammelaktionen wurden seit 1983 etwa 8,3 Millionen Kleinwaffen zerstört.

#### Deutschland ist zweitgrößter Exporteur von Kleinwaffen

Deutschland ist nach den USA der zweitgrößte Exporteur sogenannter „Kleinwaffen“, wie Pistolen, Maschinenpistolen und Gewehren.

Laut Rüstungsexportbericht der Bundesregierung 2014 erreichte der Export der besonders tödlichen Kleinwaffen in 2013 einen historischen Höchstwert von 82,6 Millionen Euro (43 Prozent mehr als im Vorjahr). Mehr als die Hälfte dieser

Aktionsvorschlag für den 23. März 2015

### Wir halten das Friedensgebot des Grundgesetzes hoch

Eurer Kreativität sind keine Grenzen gesetzt.

Wir bieten an:

- das Motto „Wir halten das Friedensgebot des Grundgesetzes hoch!“
- das Kampagnen-Transparent und
- eine pdf-Datei mit dem Text des neuen Grundgesetz-Artikels, die ihr groß ausdrucken und mit an den Stand nehmen könnt.

Waffen wurde in sogenannte Drittländer geliefert (weder EU noch NATO), darunter viele mit problematischer Menschenrechtslage und mehrere, die bewaffnete Konflikte im eigenen Land haben (z.B. Indien, Pakistan, Indonesien) oder in Konfliktregionen liegen (z.B. Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Oman). In Indien und Pakistan werden nach dem aktuellen Bericht des UN-Generalsekretärs zu Kindern in bewaffneten Konflikten Kindersoldaten eingesetzt. Saudi-Arabien liefert eigenen Angaben zufolge Waffen an Nachbarländer, darunter auch syrische Konfliktparteien, die Kindersoldaten einsetzen.

#### Kleinwaffenproduktion: Wirtschaftliche Bedeutung gering

Die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Rüstungsindustrie ist gering, nach Angaben der Bundesregierung betrug der Anteil deutscher Rüstungsexporte am Bruttoinlandsprodukt 2010 nur 0,19 Prozent (in 2009: 0,21 Prozent) Im „Kernbereich der wehrtechnischen Industrie“ arbeiten laut Bundesregierung 80.000 Beschäftigte. Und nur etwa 2.000 Beschäftigte arbeiten im Bereich der Kleinwaffenproduktion, davon etwa 600 bei Heckler und Koch.

Christine Hoffmann ist pax christi-Generalsekretärin und Sprecherin der Kampagne.

# Drohnen: Zeitenwende in der Kriegsführung

Technologiesprung ähnlich der Erfindung des Schießpulvers



Foto: ranplett

Mit diesem Artikel startet die pax\_zeit eine Diskussion über die Automatisierung des Krieges

**Josef Roberg**

*Am Beginn des 21. Jahrhunderts ändert sich die Militärtechnik radikal. Aufklärungs- und Kampfdrohnen werden in Kriegen eingesetzt. Weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit hat eine Entwicklung stattgefunden, die gravierende Veränderungen in Gesellschaft, Militär und Politik nach sich ziehen.*

*Die pax\_zeit wird in diesem Jahr in vier Artikeln das Thema „Drohnen“ aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchten. Wir werden dabei aufzeigen, dass Drohnen nicht einfach nur eine neue Waffengeneration sind, sondern zahlreiche juristische, moralisch ethische und politische Fragen aufwerfen, die sie von bisherigen Waffensystemen unterscheiden.*

## **Drohnen – wovon sprechen wir?**

Drohnen sind als unbemannte Systeme zumeist wiederverwendbare angetriebene Geräte, die autonom oder ferngesteuert Missionen durchführen. Sie werden als Luft-, Land-, Über- und Unterwasserfahrzeuge eingesetzt. Die Investitionen in diesem Bereich sind dramatisch: Die US-Armee besaß im Jahr 2000 50 Drohnen, 2012 sind es bereits 7.000. In der Bundeswehr kommen heute ca. 600 unbewaffnete Flugdrohnen zum Einsatz.

## **Drohnen – eine kleine Technikkunde**

Die Darstellung der technischen Möglichkeiten beschränkt sich auf fliegende Drohnen. Diese werden in verschiedenen Größenklassen gebaut; Einsatzradien bis zu 2.000 Kilome-

ter und eine Flugdauer von zwei Tagen sind möglich. In der öffentlichen Diskussion wird besonders auf große Drohnen abgehoben. In den Fokus sollten jedoch die sehr kleinen Fluggeräte gelangen, die z.B. auch in Gebäuden einsetzbar sind. Es wird zwischen bewaffneten und unbewaffneten Drohnen unterschieden, wobei die Mehrzahl der Aufklärung dient. Zudem ist der Grad der Autonomie ein Charakteristikum der unterschiedlichen Typen. Die meisten Drohnen sind ferngesteuert, die Zielauswahl und der Waffeneinsatz erfolgen unmittelbar durch den Piloten (In-the-loop-Systeme). On-the-loop-Systeme überlassen der Drohne die Entscheidung über Zielauswahl und Angriff, der Pilot kann jedoch jederzeit intervenieren. Experten gehen davon aus, dass der Grad der Autonomie von Drohnen zunehmen wird. Die Reaktionsgeschwindigkeit ist dabei ein wichtiger Faktor auf dem Schlachtfeld der Zukunft, der Mensch ist dem Computer unterlegen. Zwangsläufig werden Angriffsentscheidungen von der Software getroffen (Out-off-the-loop-Systeme). Sogenannte „personality strikes“ haben einzelne Personen zum Ziel. Bei den „signature strikes“ ist die Identität des Zieles nicht geklärt, es werden Gruppen angegriffen, die bestimmten Merkmalen entsprechen.

## **Die Veränderung der „Kriegskultur“**

Es wird die These vertreten, Drohnen seien ein Technologiesprung ähnlich der Erfindung des Schießpulvers. Die folgenden Aspekte sollen einen Einblick geben, inwieweit Drohnen das Kriegsgeschehen verändern.

## **Einsatzkosten**

Zurzeit ist der Einsatz von großen Drohnen noch ein kos-



tenträchtiges Unterfangen. Eine Verringerung der Produktions- und Einsatzkosten ist zu erwarten. Mit einem geringen finanziellen Aufwand erhält das Militär ein komplettes Waffensystem für die Aufklärung und den Angriff.

#### Politische Kosten: Selbstverschonung

Eine militärische Intervention, bei der hohe personelle Verluste drohen, beinhaltet enorme politische Risiken: Tote Soldaten sind schlecht für das Image. Der Einsatz von Drohnen verringert dieses Risiko erheblich. Politik wird aus diesem Grund schneller zu einem Einsatz bereit sein; die Schwelle, in einen Konflikt militärisch einzusteigen, sinkt.

#### Politische Kontrolle

Bisher kontrolliert der Bundestag Drohneneinsätze. Die Unterstützung der Amerikaner in ihrem Drohnenkrieg zeigt aber ihre Grenzen auf. Im Gegensatz zu „klassischen“ militärischen Interventionen, sind Drohneneinsätze im Stillen, ohne großen Einsatzapparat zu realisieren. Die kritische Öffentlichkeit wird ausgesperrt, niemand erfährt vom tödlichen Flug der Drohne. Es ist unabdingbar, wirkungsvolle politische Regularien für ihren Einsatz zu schaffen.

#### Ethik versus Machtlogik

Soldaten befinden sich im Krieg in höchsten Stresssituationen; sie sind kaum in der Lage, ihre Handlungen moralisch abzuwägen. Befürworter der Drohnentechnologie sehen darin ihre Stärke. Der Roboter hat keine Gefühle, muss nicht um das eigene Leben fürchten und kann die Situation durch ausgedehnte Vernetzung genauestens einschätzen. Diese eigennützige Rationalität wird die Kriegsführung verändern.

Und, sie kann die Hemmschwelle für den Beginn eines Krieges senken (vgl. SZ Nr. 7, 10./11.1.2015).

#### „Kollateralschäden“

Politik und Rüstungsindustrie singen das hohe Lied der chirurgisch präzisen Drohneneinsätze. Das Gegenteil ist der Fall; der ehemalige hochrangige Pentagon-Berater David Kilcullen spricht 2009 vor dem Senat. Nach seinen Informationen hatte die Tötung von 14 Terroristen 700 Zivilisten das Leben gekostet. „Das macht 50 Zivilisten für jeden getöteten Militanten, eine Trefferquote von zwei Prozent.“ (Die ZEIT – Online, 27.10.2014). Drohneneinsätze verstoßen mithin gegen das Völkerrecht, welches ausdrücklich den Schutz der Zivilbevölkerung vorsieht.

#### Wer ist verantwortlich?

Die Drohnentechnologie kann dazu führen, dass die Verantwortlichkeit für militärisches Vorgehen nicht mehr klar zu erkennen ist: Wem gehört die Drohne, die den Einsatz fliegt? Je kleiner sie werden, umso größer wird dieses Problem. Damit rückt die mangelnde Kontrolle wieder ins Licht. Es kann durchaus erwünscht sein, dass Drohnen nicht zuzuordnen sind. Aber an wen wende ich mich als Betroffener, wer verantwortet einen Einsatz? Welche Kontrollinstanzen kommen in einer Demokratie zum Tragen? Und wie erlaubt es die neue Technologie vielleicht im besonderen Maße, Kontrollen zu unterlaufen?

Josef Roberg ist Mitglied der pax\_zeit-Redaktion und Mitglied des pax christi-Bundesvorstandes.

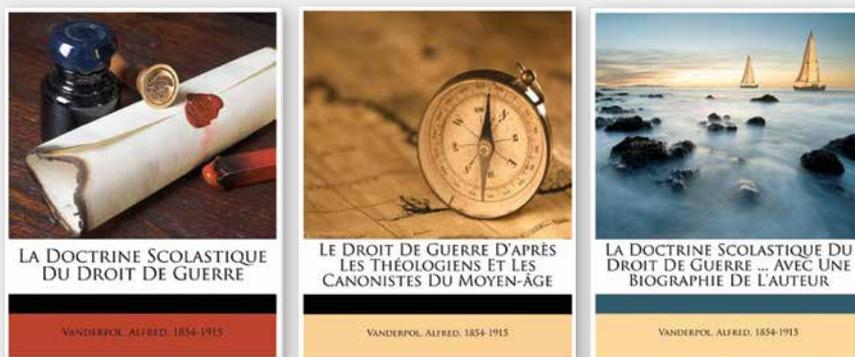
# Vergessene Anfänge

## Alfred Vanderpol und die katholische Friedensbewegung vor dem Ersten Weltkrieg

Ein Foto von Alfred Vanderpol sucht man im Internet vergebens. Was geblieben ist, sind seine Werke.

Die Stadt Lyon widmet Alfred Vanderpol einen Platz an der Kirche St Pierre de Vaise.

Karl-Heinz Wiest stellt den Ingenieur, Juristen und Pazifisten vor.



### Karl-Heinz Wiest

Anders als in Deutschland gab es in Frankreich schon vor dem Ersten Weltkrieg Initiativen unter Katholiken, die sich für eine friedliche Lösung internationaler Konflikte einsetzten. Besonders hervorzuheben ist das fast vergessene Wirken Alfred Vanderpols.

Der Ingenieur Alfred Vanderpol, geboren 1854 in Tourcoing, erwarb an der Universität Lyon zusätzlich einen juristischen Abschluss. Als Generalsekretär der Societe d'agriculture, sciences et industrie de Lyon genoss er hohes Ansehen in seiner Heimatstadt. Seine Stellung als Geschäftsführer eines florierenden Unternehmens machte ihn wirtschaftlich unabhängig. Sein Freund Emile Chenon beschreibt ihn als leidenschaftlichen Katholiken, persönlich bescheiden, aber hartnäckig und in der Lage, ein immenses Pensum zu bewältigen. Mit seinem Organisationstalent war Vanderpol die treibende Kraft hinter einer karitativen Einrichtung für bedürftige Kinder in Lyon.

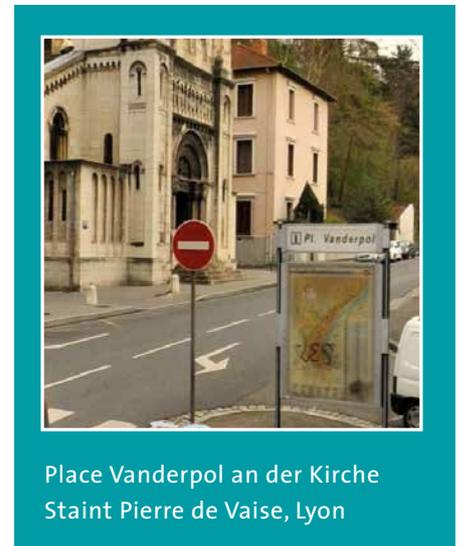
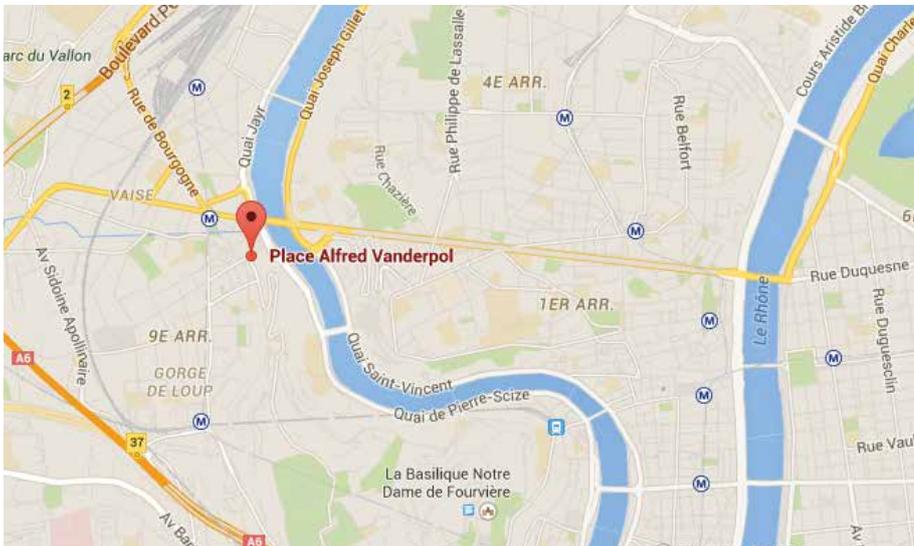
Seit dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 und verstärkt nach einer schweren Erkrankung im Jahr 1900 studierte Vanderpol die pazifistische Literatur seiner Zeit und die kirchliche Tradition mit ihren Aussagen zu Krieg und Frieden. Das Resultat dieser akribischen Arbeit veröffentlichte er in Zeitschriftenartikeln und Büchern, die nach seinem Tode in einem voluminösen Band mit dem Titel *La doctrine scolastique du droit de guerre* ediert wurden.

Vanderpol spannte den Bogen von den Kirchenvätern bis zu den Theologen des 17. Jahrhunderts und führte den Nachweis, dass das moderne Völkerrecht Wurzeln in dieser Tradition hat.

### Katholische Öffentlichkeit für Friedensfragen sensibilisieren

Im Rückgriff auf die kirchliche Lehre vom gerechten Krieg suchte er eine Tradition der Kriegsbegrenzung freizulegen, die die Legitimität eines Krieges an eng gefasste Bedingungen knüpft. So schrieb Vanderpol, es wäre für die internationalen Beziehungen ein „immenser Fortschritt“, wenn die Prinzipien dieser Tradition zur Geltung kämen. Im Einklang mit den Ideen des völkerrechtlich ausgerichteten Pazifismus setzte er sich für die Lösung internationaler Streitigkeiten durch Verhandlungen und Schiedsgerichte ein. Als Teilnehmer des Internationalen Friedenskongresses von Mailand 1906 erreichte er mit anderen Katholiken unterstützende Stellungnahmen des Papstes Pius X für die Aktivitäten der internationalen Friedensbewegung. Für Vanderpol war das ein Anstoß für eine intensive Vortragstätigkeit in ganz Frankreich, um insbesondere die katholische Öffentlichkeit für die Friedensfrage zu sensibilisieren.

1909 wurde die Ligue des catholiques français pour la paix gegründet, die etwa 700 Mitglieder zählte. Schwestergesellschaften bildeten sich unter Mithilfe Vanderpols in der Schweiz, in Belgien, in Spanien und in England. Mit der Gründung der Ligue Internationale des pacifistes catho-



Fotos: Google maps

liques im Jahre 1911 wurde ein Schritt zur internationalen Vernetzung gemacht. Als Präsident konnte der ehemalige belgische Premierminister Auguste Beernaert, Friedensnobelpreisträger des Jahres 1909, gewonnen werden. In Deutschland aber hatte diese Initiative, soweit zu sehen, keine Resonanz.

Interessant ist die enge personelle Verbindung mit der französischen katholischen Reformbewegung Sillon, die in ihren besten Zeiten eine halbe Million Unterstützer zählte. Sie verstand sich als von der kirchlichen Hierarchie unabhängig, verfolgte das Ziel sozialer Reformen und wollte die Beziehungen zur französischen Republik verbessern. Vanderpol selbst, Marc Sangnier, der Gründer des Sillon, und andere engagierten sich in beiden Bewegungen. Nach anfänglich positiven Signalen aus Rom wurde der Sillon jedoch 1910 von Pius X als modernistisch verurteilt. Vorbehalte gegenüber den Reformkatholiken scheinen auch das Verhältnis zur jungen katholischen Friedensbewegung geprägt zu haben. Zu einer Anerkennung seitens des Vatikans kam es nicht. Unter den französischen Bischöfen gab es nur wenige Unterstützer. Vanderpols friedenspolitische Arbeit wurde von konservativen französischen Katholiken öffentlich angegriffen.

### Gründung eines kirchlichen Instituts

Das mag mit ein Grund dafür gewesen sein, warum Vanderpol sein nächstes Projekt in Belgien verwirklichen wollte. 1912 gründete er mit Katholiken aus verschiedenen eu-

ropäischen Ländern ein christliches Institut zum Studium des Völkerrechts an der Katholischen Universität Löwen. Der Weltkrieg setzte dem Institut ein Ende, bevor es seine Arbeit aufnehmen konnte. Der Bruch der belgischen Neutralität durch deutsche Truppen im August 1914 zeigte eine Kriegsführung, die sich um Völkerrecht und Humanität nicht scherte. Die Stadt Löwen wurde durch deutsche Soldaten teilweise niedergebrannt und die Universitätsbibliothek vernichtet. Unter dem Eindruck der Besetzung französischer Gebiete durch deutsche Truppen, stellte die katholische Friedensbewegung in Frankreich ihre politischen Aktivitäten ein. Vanderpol konzentrierte sich auf die Hilfe für Kriegsverletzte und richtete in Lyon ein Hospital ein. Im März 1915 erlag einer seiner Söhne in diesem Hospital seinen schweren Kriegsverletzungen. Wenige Wochen später, am 17. Juni 1915, brach Alfred Vanderpol auf dem Weg in sein Landhaus zusammen und verstarb.

Am Beginn des 21. Jahrhunderts wird das Völkerrecht in seiner Bedeutung wieder neu bewusst. Vielleicht können wir den Wert eines geregelten und sogar manchmal freundschaftlichen Miteinanders in Europa neu schätzen, wenn wir uns daran erinnern, unter welchen Bedingungen Vanderpol und andere erste Schritte dazu unternommen haben.

Karl-Heinz Wiest ist Lehrer für Deutsch und Geschichte und Mitglied der pax christi-Kommission Rüstungsexport.

# Die Wahrheit ans Licht bringen

Mirveta Mrkalj-Durben: *Mama, hier gibt es Licht*



Mirveta Mrkalj-Durben hat ihre Schrecken und Ängste niedergeschrieben – ihre tiefe Angst vor den serbischen Milizen.

Im Sommer 1992 wurden ihr Ehemann und fast hundert Angehörige ihrer Familie ermordet. Mirveta hat die Massaker des Bosnienkriegs (1992 – 1995) überlebt – „wie ein Wunder“.



Sie fuhr zur Frankfurter Buchmesse und bot ihr Buch an. Die deutsche Ausgabe war sofort vergriffen.

## Klaus Beurle

Niemand kennt sie, ihr Name ist kaum aussprechbar, ihr Schicksal ist dramatisch. Plötzlich trat Mirveta Mrkalj-Durben an die Öffentlichkeit. Auf der Frankfurter Buchmesse 2014 stellte sie ihr Buch vor: *Mama, hier gibt es Licht*. Sie löste Betroffenheit und Entsetzen aus. Seither wird sie eingeladen, ihre Geschichte zu erzählen. Bei ihrem Auftritt in Würzburg befand sich auch eine bosnische Familie aus ihrer Heimat unter den Zuhörern, es flossen Tränen. Die Familie stammt wie Mirveta aus Prijedor.

Mirveta Mrkalj-Durben wurde 1964 in Biscani bei Prijedor/Bosnien-Herzegowina geboren. Dort ist sie aufgewachsen. Im Sommer 1992 wurden ihr Ehemann und fast hundert Angehörige ihrer Familie ermordet. Mirveta hat die Massaker des Bosnienkriegs (1992 – 1995) überlebt – „wie ein Wunder“. Sie konnte vor den Mördern fliehen und fand in Wehr, einer kleinen Gemeinde in Rheinland-Pfalz, Zuflucht. Deutschland ist ihre Heimat geworden.

### Krieg und Elend können jeden treffen

„Schaut nicht weg, kümmert euch um die, die Hilfe brauchen, denn sie verlassen ihr Heimatland nicht freiwillig. Krieg und Elend können jeden treffen. Hinter den Millionen

Flüchtlingen stehen lauter Einzelschicksale“, appellierte sie an Gymnasial-Schüler/innen in Nonnenwerth. 22 Jahre lang konnte sie über ihre grauenvollen Erfahrungen nicht reden. Eines Tages begann sie heimlich, ihre Tagebuchaufzeichnungen aus dem Krieg zusammenzustellen, um sie zu veröffentlichen. Ihrem heutigen Ehemann und ihren beiden Kindern konnte sie nicht sagen, was sie bei Nacht beschäftigte – bis das Buch fertig vorlag: *Mama, hier gibt es Licht*. Sie fuhr zur Frankfurter Buchmesse und bot ihr Buch an. Die deutsche Ausgabe war sofort vergriffen.

Über die Grausamkeiten, denen Bosniaken 1992 in Prijedor und Umgebung ausgesetzt waren, wurde in der Öffentlichkeit kaum gesprochen. Völkermord – nicht nur in Srebrenica, sondern auch im serbisch dominierten Biscani und Prijedor. Prijedor liegt etwa 300 km von Srebrenica entfernt und liegt in der Republika Srpska, der nach Kriegsende errichteten Teilrepublik Bosnien-Herzegowinas. Dort gibt es bis heute keine Gedenkstätte für die muslimischen Opfer. Mirveta listet in ihrem Buch detailliert die Namen von 258 Toten aus Biscani auf, deren Überreste immer noch nicht gefunden wurden. 3.176 Menschen wurden in Prijedor ermordet.

### Die Wahrheit muss ans Licht kommen

Mrkalj-Durben spricht im Fernsehen, in Schulen und Kir-



Foto: Karin Knorr

„Nach fünf grauvollen Tagen verließ ich im Morgengrauen unser Haus. Die Straßen, Gärten und Spielplätze waren bedeckt mit Leichen. Ich suchte unter den schon verwesenden Toten meine Angehörigen. Über meinen brutal ermordeten Mann breitete ich ein weißes Betttuch und flüchtete mit meinen beiden kleinen Kindern vor dem drohenden Tod.“

chengemeinden. „Obwohl ich mir versprochen hatte, nie wieder zurückzukehren, kam ich zehn Jahre später zurück an den Ort des Geschehens. Schmerzgeplagt, aber aus Liebe zu denen, die nicht mehr da waren, stellte ich mich aus freiem Willen der Vergangenheit.“ Mirveta hat keine Hassgefühle, keine Rachedgedanken. Sie sehnt sich nach einem befriedeten Bosnien-Herzegowina, in dem es keinen ethnischen Rassismus mehr gibt. Doch muss erst die Wahrheit ans Licht kommen. „Solange die Wahrheit geleugnet wird, gibt es keine Versöhnung, keinen Frieden. Der Weg dorthin ist noch weit. Immer noch bewegen sich Menschen, die andere massakriert haben, unbehelligt im Land“.

Schülern/innen in Hanau erläuterte Mirveta, dass bis heute Kinder und Jugendliche gegen andere ethnische Volksgemeinschaften aufgehetzt werden. „Wenn Eltern sagen, Bosniaken oder Serben oder Kroaten sind böse Menschen, glauben es die Kinder. Wenn einem Kind aber Liebe zu allen Mitmenschen in die Wiege gelegt wird, wird es kein Mörder werden. Wenn Jugendliche reif werden, denken manche über das nach, wie über andere Menschen geredet wird. Es gibt heute in Bosnien-Herzegowina junge Menschen, die andere nicht ihrer Ethnie, nicht nach Rasse und Religion, sondern als gleichwertige Menschen betrachten und sie allein nach ihrem Reden und Denken beurteilen.“

### Widerstand gegen die Kriege dieser Welt

Mirveta hofft darauf, dass die Wahrheit ans Licht kommen wird. Durch Erhebungen und Forschungen mit internationaler Unterstützung werden die Spuren der Ermordeten gefunden werden. Dem Internationalen Kriegsgerichtshof in Den Haag werden nach und nach die Verantwortlichen der Massaker benannt werden.

Mirveta Mrkalj-Durben ist Mitglied der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte. Sie widersetzt sich ethnisch-nationalistischer Propaganda und Politik. „Nicht nur meine grausamen Kriegserlebnisse in Bosnien des Jahres 1992 sind meine Inspiration für dieses Buch, sondern auch der Widerstand gegen die Kriege dieser Welt. Ich möchte mit der Wahrheit konfrontieren und gegen Völkermord und Nationalismus mitten in Europa kämpfen, denn unser Kontinent ist noch nicht frei von einem tief verankerten Nationalismus.“

Klaus Beurle ist Mitglied der pax\_zeit-Redaktion.

## Notizen aus dem Bundesvorstand

Josef Roberg

### November bis Februar

Der Bundesvorstand bearbeitete Aufträge der Delegiertenversammlung. Zum Thema „Versöhnung mit Russland“ wird sich der Vorstand einen Überblick über die Aktivitäten in den Diözesen und Gruppen verschaffen, um dann das weitere Vorgehen zu beraten. Es ist erklärtes Ziel, den „christlich-muslimischen Dialog“ in pax christi zu fördern und zu stärken. Auf der Delegiertenversammlung wurde hierzu Interesse signalisiert, in diesem Jahr das Thema in pax christi aktiv zu gestalten; der Bundesvorstand koordiniert diesen Prozess. Anlässlich des Gedenktages an die Opfer des Nationalsozialismus (27. Januar) hat der geschäftsführende Bundesvorstand die Erklärung „Für die Bekräftigung des Konsenses gegen Rassismus und Diskriminierung“ veröffentlicht. Zur Innenministerkonferenz Anfang Februar erhielt Minister de Maizière einen Brief, der die Forderungen der Delegiertenversammlung zu Flüchtlingen enthielt. Die Auseinandersetzung um die Automatisierung der Kriegsführung mit Drohnen ist ein Dauerthema im Vorstand. In der pax\_zeit wird es in diesem Jahr hierzu eine Artikelserie geben.

## Nachrichten aus den Kommissionen

Odilo Metzler



### Friedensdienste – Jetzt bewerben!

Auch 2015 wird pax christi wieder rund 12 junge Leute in einen einjährigen Freiwilligendienst nach Polen, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Kosovo entsenden. Wer Interesse an einem solchen Friedensdienst hat, kann sich

bis 30. März 2015 bewerben. Bewerbungen an: pax christi DV Aachen, Anaïs Imbaud, Klosterplatz 7, 52062 Aachen, Tel.: 0241. 402 876, E-Mail: info@pax-christi-aachen.de

### Rechtsnormen für Rohstoffe

Mit dem Ökumenischen Netz Zentralafrika (ÖNZ) forderte die Kommission Solidarität mit Zentralafrika am 18. November 2014 deutschsprachige EU-Parlamentarier und Bundestagsabgeordnete auf, sich für verbindliche Normen im Rohstoffsektor einzusetzen. Eine geplante EU-Verordnung biete die Chance, die Sorgfaltspflicht für Unternehmen, die Rohstoffe aus Konfliktregionen exportieren, in der EU rechtsverbindlich zu machen.



### Postkartenaktion an die Kanzlerin zu Siedlungsprodukten

Im Rahmen der Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ startete die Nahost-Kommission am 9. Dezember 2014 eine Postkartenaktion an Bundeskanzlerin Merkel. „Wir fordern, dass auch unsere Regierung eine eindeutige Kennzeichnung für Produkte aus israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten zur Pflicht macht und umsetzt!“

### Entspannungappell und Friedenswinter

Die Kommission Friedenspolitik schloss sich am 16. Dezember 2014 einem Aufruf an die Bundesregierung und den Bundestag an, in dem vor einem Krieg mit Russland gewarnt und eine neue Entspannungspolitik in Europa gefordert wird: „Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!“ Außerdem unterzeichnete sie den Appell zu Aktionen zum Friedenswinter 2014/15.

### Patriot-Einsatz in der Türkei beenden

In einem Offenen Brief an die Bundestagsfraktionen bat die Kommission Friedenspolitik am 15. Januar, das Mandat für den Einsatz von Patriot-Raketen in der Türkei nicht zu verlängern. Eine Bedrohung der Türkei sei nicht zu erkennen. Vielmehr trage sie selbst für die Erstarkung des sogenannten „IS“ Mitverantwortung. Das Mandat sei verfassungs- und völkerrechtswidrig.

### Gute Gründe aktiv zu werden

Um eine andere Rüstungsexportpolitik zu erreichen, wird angesichts der mächtigen wirtschaftlichen und politischen Interessen, die dagegen stehen, ein langer Atem notwendig sein. Die Kommission Rüstungsexport hat Argumente und Handlungsvorschläge „Für eine Eindämmung des Waffenhandels!“ in einer Broschüre zusammengestellt und im Dezember 2014 allen Katholiken- bzw. Diözesanräten als Unterstützung für deren Arbeit und zur Verbreitung zugesandt.

### Die EU darf nicht tatenlos zuschauen ...

... wie einerseits gewaltsam ausgetragene Konflikte geschürt werden und andererseits die Opfer dieser Konflikte ohne Schutz und Hilfe bleiben. So heißt es im Brief der Kommission Rüstungsexport an die deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament. Betont wird, dass pax christi die Flüchtlingsproblematik auch im Zusammenhang mit den Folgen des internationalen Waffenhandels sieht. Die Abgeordneten wurden aufgefordert, Maßnahmen zur schnellen und nachhaltigen Verbesserung der Situation anzustoßen und zum Gespräch mit der Kommission eingeladen.

## Meldungen aus den Diözesanverbänden

Markus Weber

### Augsburg

#### Mahnwache mit Reuven Moskowitz in Nürnberg

pax christi hat sich am 29. November an einer Mahnwache auf der Straße der Menschenrechte in Nürnberg beteiligt, die an den UN-Beschluss von 1947 erinnerte, in Palästina zwei Staaten zu gründen. In einer engagierten Rede wies Reuven Moskowitz auf die derzeit äußerst angespannte Situation in Gaza und Ostjerusalem hin. Die Mahnwache des Vereins für Menschenrechte und des Evangelischen Forums für den Frieden erinnerte an die 30 elementaren Menschenrechte der UN-Charta.

### Freiburg

#### Die Bedeutung Max Josef Metzgers für heute

„Der Krieg, die Kirchen und die Pazifisten“ beschäftigte pax christi bei einer Tagung an der Katholischen Akademie Freiburg über den Friedensvisionär, Ökumeniker und Märtyrer Max Josef Metzger (1887 – 1944). Ein Memorial zeigt

te im Wechselspiel von Wort und Klang auf, wie Metzger auch durch sein musikalisches Schaffen zu Frieden und Völkerverständigung beigetragen hat. Metzgers Gedanken haben vor 100 Jahren die Anfänge des Friedensbundes der Deutschen Katholiken begleitet und sind für die heutigen Debatten um Gewalt und Gewaltfreiheit genauso aktuell.

### Mainz

#### Wanderfriedenskerze für den Irak

Vertreter der Ökumenischen Aktion Wanderfriedenskerze haben in Wiesbaden Archimandrit Emmanuel Youkhana, dem Direktor von CAPNI (Christian Aid Program Northern Iraq), einer karitativen Organisation der chaldäischen Kirche im Nordirak, eine der „Wanderfriedenskerzen“

## TERMINE

### 30. August – 10. September 2015

#### Augsburg

#### Begegnungs- und Solidaritätsreise nach Palästina – Israel

Gemeinsam mit ihrer Partnerorganisation AEI (Arab Educational Institute) in Bethlehem organisiert der Diözesanverband wieder eine Reise nach Palästina und Israel. Im Mittelpunkt werden Begegnungen mit Friedens- und Menschenrechtsgruppen stehen, um ihre alltägliche Situation, ihren Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit, ihre Probleme und Hoffnungen kennen zu lernen. Diesem Ziel dient auch die teilweise Unterbringung in Familien in Bethlehem während der Reise.

Informationen und Anmeldung bis Ende April 2015 bei: Friedensarbeiter Christian Artner-Schedler, Ottmarsgässchen 8, 86152 Augsburg, Tel. 0821.517751, Fax 0821.4506325, E-Mail: augsburg@paxchristi.de

### 2. September – 9. September 2015

#### Freiburg

#### Bildungsreise nach Frankreich anlässlich dem Weltkriegsende

Aus Anlass des 70. Jahrestages des Endes des 2. Weltkriegs und der Erinnerung an den I. Weltkrieg vor 100 Jahren veranstaltet der Diözesanverband in Kooperation mit dem Erzbischöflichen Seelsorgeamt Freiburg eine Bildungsreise nach Frankreich. Unter dem Leitwort „Frieden ist möglich“ führt die Reise u.a. nach Verdun, Compiègne, Lisieux, Caen und Reims.

Weitere Informationen und Anmeldung beim Diözesanverband Freiburg, Friedensarbeiter Markus Weber, Erzb. Seelsorgeamt, Okenstr. 15, 79108 Freiburg, Tel. (0761) 5144-269, Fax: 0761.5144.76269, E-Mail: markus.weber@seelsorgeamt-freiburg.de, Internet: www.paxchristi-freiburg.de

übergeben. Der Priester der chaldäischen Kirche im Irak berichtete davon, dass aufgrund der politischen Situation im Nordirak zum ersten Mal seit 2.000 Jahren in der alten christlichen Stadt Mossul in diesem Jahr kein Weihnachtsgottesdienst gefeiert werden konnte. Hier stärkte die Wanderfriedenskerze die Hoffnung und das sehr dünne Vertrauen der Christ/innen in die Zukunft. Seit Herbst 2014 hatte die Aktion im Rhein-Main-Gebiet zum Gebet im Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewalt eingeladen und bei mehr als 170 Veranstaltungen auf die Lage der Menschen in den Krisenregionen hingewiesen.

### Einkaufen mit Moral

Anlässlich des Weltfriedenstag 2015 unter dem Leitwort „Nicht länger Sklaven, sondern Brüder und Schwestern“ befasste sich eine Podiumsdiskussion in Gau-Algesheim mit der Situation der Wanderarbeiter. Auch in Deutschland müssten viele Wanderarbeiter zu Bedingungen arbeiten, die der Würde des Menschen widersprechen, so der Tenor der Veranstaltung. Angesichts einer auch künftig steigenden Zahl von Arbeitsmigranten sei die Kirche gefordert, in der Arbeitswelt solidarisch, prophetisch und missionarisch zu sein, sagte Betriebsseelsorger Hans-Georg Orthlauf-Bloß. Domdekan Heinz Heckwolf sah zudem die politisch Verantwortlichen, die Unternehmer/innen sowie alle Verbraucher/innen in der Pflicht.

## Aus Leserbriefen

### Unbehagen

(zum Themenheft „Ringeln um Gewaltfreiheit“, pax\_zeit 4/2014)

... Ich bin, wie Ihr, überzeugt, dass Christen dazu berufen sind, für Konflikte aller Art eine gewaltfreie/-arme Lösung zu suchen und zu vertreten. Dennoch kann ich mich nach der Lektüre eines Unbehagens nicht erwehren. Mein Empfinden sagt mir, die Darstellung enthalte zu viele Lücken, die durch die Gesinnung Gewaltfreiheit überdeckt werden. Ich fürchte, gegen die programmatische Intoleranz und den Massenvernichtungsdruck des IS hilft derzeit kurzfristig nur der militärische Widerstand des Westens. Es wäre zu untersuchen, inwiefern und womit westliche Lebensordnung den Grundkonflikt befeuert und z.B. auch die Ausreise zahlreicher junger Menschen – oft Migrantenabkömmlinge – aus westlichen Staaten und ihren Anschluss an islamistische Milizen fördert ...

Dr. Klaus Fischer, Heidelberg



### Trauer um Ernst Dertmann

Die pax christi-Bewegung trauert um Ernst Dertmann, der in der Nacht zum 8. Januar plötzlich im Alter von 68 Jahren verstorben ist. Seit 1998 arbeitete er im Diözesanverband Münster mit einer halben Stelle als Friedensarbeiter. Er war leidenschaftlich an der Friedensarbeit interessiert, entdeckte neue Möglichkeiten der Friedensförderung und nahm alle Gelegenheiten wahr, pax christi bekannt zu machen. Nachdem er in verschiedenen Parteien keine Heimat fand, war pax christi der Lebensort seiner Friedensarbeit. Seine pazifistische Grundhaltung brachte er in alle anstehenden Fragen ein. Er ergriff so oft er konnte die Gelegenheit, Einladungen von Schulen und Gruppen anzunehmen und dort vom Frieden zu sprechen. Von ihm kam die Idee der Politischen Nachtgebete, zuerst in Ahaus und dann in Münster. Er schätzte vor allem Papst Johannes XXIII und jetzt Papst Franziskus. Der Johannes XXIII-Preis, den der Diözesanverband 2015 zum dritten Mal verleihen wird, geht auf seine Initiative zurück.

Besonders wichtig war ihm die Erinnerung an den II. Weltkrieg und die Verbrechen der Nazis. Dafür initiierte und leitete er Reisen nach Auschwitz, Riga und Westerwege, mit gründlicher Information über die geschichtlichen Geschehnisse. Eine neue Reise sollte in diesem Jahr an die Kriegsschauplätze des I. und II. Weltkrieges in Frankreich gehen.

Für alle Fragen von Krieg und Frieden war er ein wandelndes Lexikon, gespeist von einer vielfältigen Lektüre entsprechender Bücher, die er um sich stapelte und die seine Wohnung sprengten. Dabei war er ein Suchender und Fragender, ein unruhiger Geist. Doch wenn er eine Position gefunden hatte, vertrat er sie konsequent, verantwortungsbewusst und entschlossen.

Die Idee eines Friedensdienstes verwirklichte er auch privat: Mehrere Jahre pflegte er seine Mutter, die aus dem KZ Ravensbrück befreit worden war. Dafür gab er seine Stellung als Leiter einer Schule für Kriegsdienstverweigerer auf. Er begleitete seinen schwerkranken Bruder, der vor einem Jahr verstarb und dessen Tod ihn sehr getroffen hatte. Ernst Dertmann hatte Sorge, dass auch er einen solch qualvollen Tod erleiden müsse. Davor hat ihn nun ein gnädiger Tod ohne Schmerzen ereilt.

Die pax christi-Bewegung dankt Ernst Dertmann für sein Engagement und trauert um einen guten Freund und Weggefährten.

# Aus dem Teufelskreis der Vergeltung aussteigen

Heinz Josef Algermissen

Ist das Kraftfeld unseres Weltverständnisses nicht so, dass es die Welt in „Freunde“ und „Feinde“ spaltet? Jesus aber sagt in einem Abschnitt der Bergpredigt: „Liebet eure Feinde“ (Mt 5, 44).

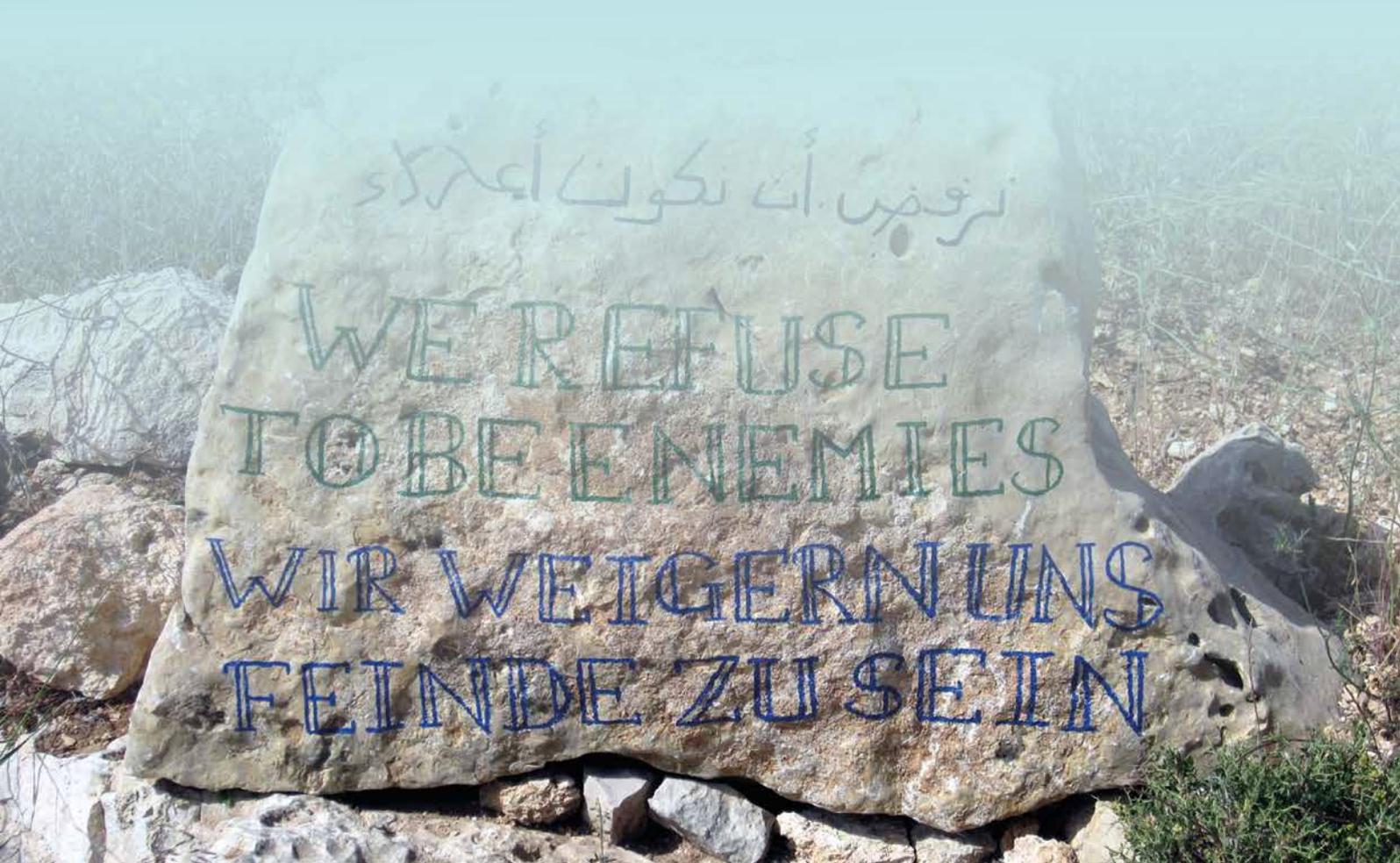
Was ist ein Feind? Das ist einer, der mich irgendwie bedroht, bei dem mir schlecht wird, wenn ich ihn nur sehe.

Ich glaube, es gibt keinen von uns, der nicht nachempfinden könnte, was das bedeutet: Wenn einer mich bedroht, schlage ich entweder um mich, gemäß dem Brauch „Wie du mir, so ich dir“ oder, wenn ich dazu zu schwach bin, frisst sich die Feindschaft in mich hinein. Ich werde auf die Dauer krank. Was dann mit dem Jesuswort: „Ich aber sage euch: Liebt eure Feinde und betet für die, die euch verfolgen“? Was bedeutet dieses Wort im Kraftfeld der uns bestimmenden Feindbilder im Mechanismus der Vergeltung?

Ist es eine schöne Wunschvorstellung, die an der Wirklichkeit vorbeigeht? Etwa eine Sache für schwärmerische Pazifisten, eine Moral für Schwächlinge und Feiglinge, die sich nicht wehren können? Jesus Christus gibt in seinem „Ich aber sage euch“ der Feindesliebe einen hohen Stellenwert. Sie ist eine Bedingung der Möglichkeit, Kind des Vaters im Himmel zu werden.

Bemerkenswert ist, dass Jesus nicht sagt: Wenn dich jemand schlägt, dann steck ein, krieche weg wie ein geprügelter Hund, der feige ist. Was er sagt, ist überraschend und entwaffnend: Du kannst machen, was du willst, mich bekommst du nicht zum Feind. Ich will dich in deiner Feindschaft nicht noch bestärken. Du sollst nicht dadurch, dass ich es dir heimzahle, nachträglich das Gefühl bekommen, mich zu Recht geschlagen zu haben. Ich steige aus dem Teufelskreis, dem alten Kraftfeld der Vergeltung, aus und wage den ganz neuen Ansatz der Friedensbotschaft Jesu Christi.

Heinz Josef Algermissen ist Bischof von Fulda und pax christi-Präsident.



# Einladung zum pax christi-Kongress 2015

In Europa erscheinen die letzten  
60 Jahre als eine Epoche des  
Friedens. Die meisten Konflikte auf dieser  
Erde sind für uns zunächst unsichtbar:  
Dennoch sind wir hier direkt betroffen.  
Von hier aus werden die Waffen geliefert.  
Hier werden Konzepte entwickelt.  
Hier stehen die Flüchtlinge vor der Tür.

**26. – 28. Juni 2015 in Rastatt**

**Gerechten Frieden weiterdenken**

**Von der Ethik der Gewaltkontrolle  
zum Ethos der Gewaltfreiheit**

Mit dem Kongress 2015 geht pax christi den folgenden Fragen nach, um einen Beitrag zur kirchlichen wie öffentlichen Diskussion zu leisten und die Meinungsbildung jeder/s Einzelnen zu fördern.

Wie orientiert sich eine Friedensethik in dieser neuen unübersichtlichen Weltlage? Erfordern „neue Kriege“ eine „neue Ethik“? Stehen ein Ethos der Gewaltfreiheit als Lebensmodell und ein Ethos der Gewaltkontrolle als politi-



sche Handlungsmaxime im Gegensatz zueinander? Wie wollen wir mit der Politik umgehen, wenn sie die Frage von Krieg und Frieden neutralisiert und die Zielkonflikte von Ethos und Interesse tabuisiert?

**Informationen zu Anmeldung und Programm finden Sie im Internet oder fragen Sie uns an im pax christi-Sekretariat, Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin, Tel: 030 – 200 76 78 0, E-Mail: sekretariat@paxchristi.de**